

BIHK

Konjunkturbericht

Jahresbeginn 2019

Politik bringt Boom zum Wanken

Die bayerische Wirtschaft startet mit gedämpfter Stimmung ins Jahr 2019. Der BIHK-Konjunkturindex sinkt zu Jahresbeginn um 3 Zähler auf 128 Punkte. Im langfristigen Vergleich herrscht bei den Unternehmen zwar immer noch eine überdurchschnittlich gute Stimmung, doch das Fundament des Booms aus 2018 wackelt: Außenpolitische Unsicherheitsherde wie der Brexit, internationale Handelskonflikte sowie eine Abkühlung wichtiger Auslandsmärkte, wie insbesondere China, belasten die bayerischen Exporteure spürbar. Obwohl steigende Einkommen, sichere Arbeitsplätze, niedrige Zinsen und gesunkene Ölpreise eigentlich für ein gutes Konsumklima sorgen, ist auch das Inlandsgeschäft im Vergleich zum Jahresbeginn 2018 schwieriger geworden.

Dabei scheint mit Blick auf die aktuelle Geschäftslage zunächst alles in „besten Ordnung“ zu sein: 56 % der Betriebe sind mit ihrer Lage zufrieden, nur 6 % bezeichnen sie als „schlecht“. Die Bewertungen sind per Saldo nur moderat um drei Zähler auf 50 Punkte gegenüber Herbst gesunken und liegen lediglich fünf Zähler unter ihrem Rekordwert aus 2018.

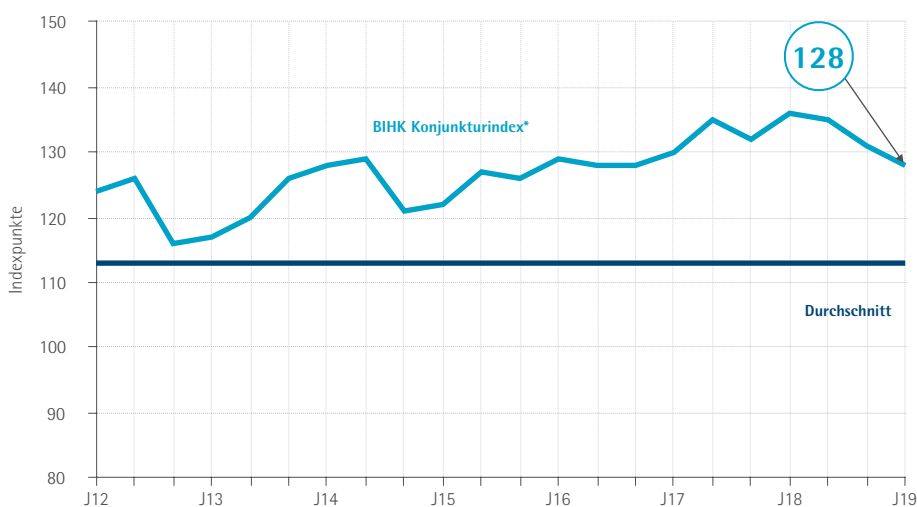
Allerdings haben sich die Aussichten für die kommenden Monate im gleichen Zeitraum spürbar eingetrübt: Mit 9 Punkten liegt der Saldo weniger als halb so hoch wie Anfang 2018. Aktuell rechnen noch 22 % der Betriebe mit mehr Geschäft, 13 % befürchten hingegen eine Eintrübung.

Die hohe Unsicherheit gepaart mit schwächeren Wachstumsaussichten müssen die Unternehmen in ihren mittelfristigen Planungen mit einkalkulieren: Folgerichtig sinken die Investitionspläne auf den niedrigsten Stand seit drei Jahren. Der Arbeitsmarkt wird hingegen von dieser Eintrübung zunächst nur wenig spüren: 21 % der Unternehmen möchten Personal einstellen, nur 10 % Stellen streichen. Die Einstellungsbereitschaft bleibt im Vergleich zum Herbst erfreulicherweise annähernd gleich hoch.

48 %

der Unternehmen sehen in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ein Geschäftsrisiko

(Fortsetzung auf der Rückseite)

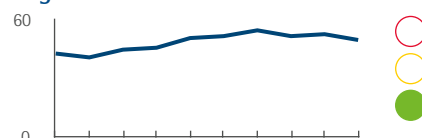


* Der BIHK-Konjunkturindex wird als geometrisches Mittel der Salden der Lageurteile und der Erwartungen gebildet.

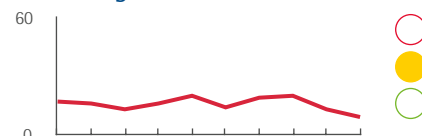
Kurzübersicht*



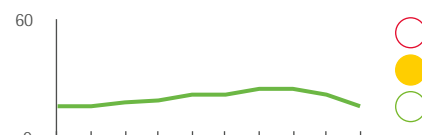
Lage



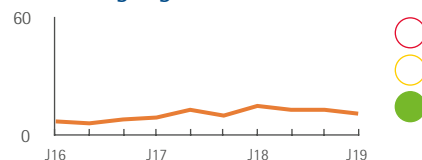
Erwartungen



Investitionen



Beschäftigung



* Jahresbeginn 2016 bis Jahresbeginn 2019; Differenz der Anteile aus positiven und negativen Bewertungen.



Industrie- und Handelskammern
in Bayern



Industrie

Die bayerische Industrie tritt deutlich auf die Bremse. In den vergangenen Monaten konnten die Unternehmen sowohl im Ausland als auch im Inland nur ein geringes Auftragsplus erzielen. Angesichts recht voller Auftragsbücher war die Auslastung zwar noch recht hoch, die Geschäftslage hat sich jedoch merklich eingetrübt: Binnen Jahresfrist ist der Saldo der Geschäftslage vom Rekordwert von 59 Punkten auf 46 Punkte gesunken. Aktuell bezeichnen 54 % der Betriebe ihre Geschäftslage als „gut“ und 8 % als „schlecht“. Dies ist zwar alles andere als Krisenstimmung, denn im langfristigen Vergleich ist die Lage immer noch überaus gut, doch das Schwungrad der bayerischen Wirtschaft hat spürbar an Tempo verloren.

Auch in den kommenden Monaten wird es mit reduzierter Geschwindigkeit weitergehen. Die Unternehmen rechnen nicht damit, dass das Auftragsplus unmittelbar wieder anzieht. Dies spiegeln auch die Geschäftserwartungen wider: 22 % der Unternehmen rechnen mit einer Belebung, 14 % mit einer Eintrübung. Mit 8 Punkten liegt der resultierende Saldo spürbar niedriger als vor Jahresfrist mit 21 Punkten. Mit so wenig Optimismus ist die Industrie zuletzt 2013 ins Jahr gestartet.

Neben den harten Auftragsdaten gibt es eine Reihe von Faktoren, die die Geschäftsentwicklung massiv belasten. So ist ein harter Brexit mittlerweile ebenso ein realistisches Szenario, wie eine Zuspitzung von Handelskonflikten oder eine Eskalation der italienischen Schuldenkrise. Daneben beklagen die Unternehmen eine hohe Bürokratiebelastung, eine hohe Steuer- und Abgabenlast, eine fehlende wirtschaftspolitische Strategie der Bundesregierung sowie hohe Energiepreise. All dies schlägt sich in einer hohen Unsicherheit in Bezug auf die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wider: 51 % der Industriebetriebe sehen hierin ein Risiko. Der Wert ist damit so hoch wie noch nie seit Beginn der Abfrage 2012.

Diese außerordentlich hohe Risikobewertung gepaart mit schwächeren Geschäftsaussichten belasten natürlich die Investitionsbereitschaft. Im Vergleich zu den beiden Vorjahren sind die Planungen spürbar niedriger. Ebenfalls nach unten korrigiert haben die Industriebetriebe ihre Beschäftigungspläne: 22 % möchten zusätzliches Personal einstellen, 12 % müssen Stellen streichen.

51 % der Industriebetriebe sehen in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ein Geschäftsrisiko. Dies sind so viele wie noch nie.



Bau

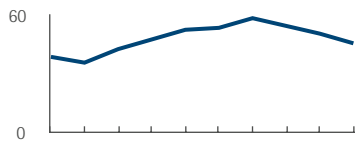
Die bayerische Baukonjunktur läuft weiterhin auf hohem Niveau: 78 % der Betriebe sind mit ihrer aktuellen Lage zufrieden, nur 3 % sind unzufrieden. Damit liegen die Urteile nur knapp unterhalb des historischen Höchststands vom Herbst. Allerdings zeigen die Ergebnisse, dass die Auftragsentwicklung an Dynamik verloren hat, denn spürbar mehr Unternehmen als zuletzt berichten über rückläufige Aufträge im Bereich des Wohnungs- und des Wirtschaftsbaus. Angesichts des nach wie vor recht hohen Auftragsbestands konnten die Unternehmen ihre Auslastung jedoch hoch halten.

Mit einer ähnlichen Entwicklung rechnen die Unternehmen in den kommenden zwölf Monaten: Zwar dominieren weiterhin die Betriebe, die mit einer stabilen Entwicklung (77 % erwarten eine gleichbleibende Geschäftsentwicklung) oder sogar mit weiterem Wachstum (15 %) rechnen. Eine Verschlechterung der Geschäftsentwicklung befürchten jedoch 8 % der Unternehmen. Dies sind so viele wie zuletzt vor drei Jahren. Im Segment des bisherigen Wachstumstreibers, dem Wohnungsbau, kalkulieren sogar erstmals seit rund fünf Jahren mehr Unternehmen mit einer sinkenden Nachfrage als mit einem weiteren Anstieg. Die Baukonjunktur dürfte ihren (Wachstums-)Zenit überschritten haben.

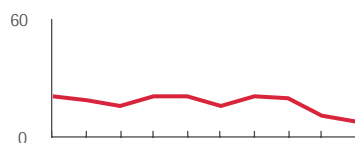
Größtes Risiko im Baugewerbe bleibt der Fachkräftemangel: 86 % der Bauunternehmen sehen hierin ein Geschäftsrisiko. In den kommenden Monaten könnte sich die Situation zumindest etwas entspannen, denn die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen ist nicht mehr ganz so hoch: Einen Beschäftigungsaufbau beabsichtigen derzeit 14 % der Unternehmen, zu Jahresbeginn 2018 waren es noch 20 %.

78 % der Bauunternehmen sind mit ihrer Geschäftslage zufrieden.

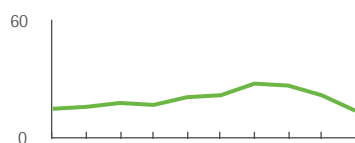
Lage



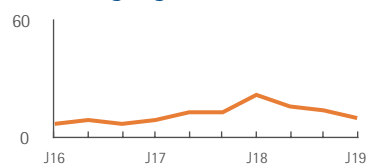
Erwartungen



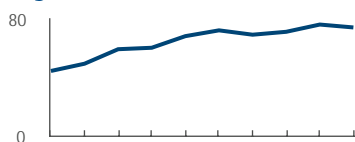
Investitionen



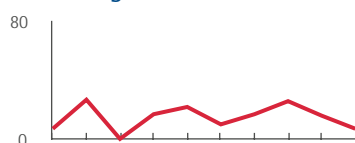
Beschäftigung



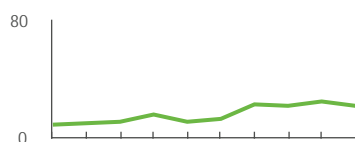
Lage



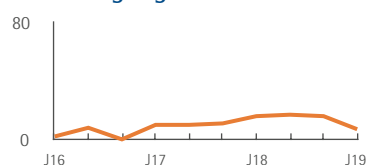
Erwartungen



Investitionen



Beschäftigung





Dienstleister

Im bayerischen Dienstleistungsgewerbe laufen die Geschäfte weiterhin sehr gut: 58 % der Unternehmen sind mit ihrer Lage zufrieden, nur 5 % unzufrieden. Mit 53 Punkten liegt der Saldo beider Anteile nur moderat unterhalb des Rekordwertes vom Herbst (57 Punkte) und annähernd auf dem Niveau Anfang 2018 (55 Punkte). Die Unternehmen berichten von steigenden Umsätzen und einer überaus hohen Auslastung.

Etwas vorsichtiger blicken die Dienstleister auf die kommenden Monate. Im Vergleich zum Jahresstart 2018 zeichnet sich insgesamt ein gemächlicheres Wachstumstempo ab: 23 % der Betriebe rechnen mit einer positiven Geschäftsentwicklung, weiterhin 11 % mit einer Eintrübung. Anfang 2018 lag der Saldo bei 19 Punkten. Dies sind jedoch weiterhin gute Prognosen. Das Dienstleistungsgewerbe wird damit seiner Rolle als konjunktureller Stabilisator wieder einmal gerecht.

Auch die Beschäftigungsplanungen der Unternehmen spiegeln dies wider: 25 % der Betriebe wollen zusätzliches Personal einstellen, 9 % Stellen streichen. Die Einstellungsbereitschaft bleibt damit auf dem hohen Niveau vom Herbst und übertrifft sogar den Wert vom Jahresbeginn 2018. Weiterhin erhebliche Sorgen bereitet den Dienstleistern der Fachkräftemangel: 62 % sehen hierin ein Geschäftsrisiko.

Zwischen den Branchen gibt es allerdings erheblich Unterschiede: Besonders zufrieden sind jene Unternehmen, die vom Bauboom profitieren, wie insbesondere Architektur- und Planungsbüros. Ebenso gut laufen die Geschäfte im Bereich der IT-Dienstleister.

Demgegenüber hat sich die Geschäftslage im Bereich Verkehr und Lagerei erheblich eingetrübt. Dies liegt jedoch weniger an fehlenden Aufträgen – diese haben robust zugenommen und die Unternehmen gehen auch von einem Plus in den kommenden zwölf Monaten aus. Vielmehr haben sich die Rahmenbedingungen verschlechtert. Neben dem Fachkräftemangel (75 % nennen ihn als Risiko) haben sich die wirtschaftspolitischen Risiken zugespitzt: 47 % der Unternehmen sehen hierin ein Risiko (+16 Punkte). Die verschärfte EU-Regelung der Lenk- und Ruhezeiten, Dieselfahrverbote, Mauterhöhung, Grenzkontrollen sowie der drohende harte Brexit sorgen für erhebliche Verunsicherung.

Jedes vierte Dienstleistungsunternehmen möchte zusätzliches Personal einstellen.



Handel

Steigende Einkommen, niedrige Zinsen und eine geringe Arbeitslosigkeit stützen den privaten Konsum und damit die Inlandsnachfrage. Hiervon profitiert der Handel: 49 % der Händler bezeichnen ihre Lage als „gut“, nur 8 % als „schlecht“. Per Saldo hat sich die Geschäftslage gegenüber Herbst von 37 auf 41 Punkte verbessert. Sowohl der Einzel- als auch der Großhandel haben ihre Lageurteile heraufgesetzt. Mit einem Saldo von 49 Punkten sind die Großhändler sogar mit ihrer aktuellen Geschäftslage so zufrieden wie noch nie.

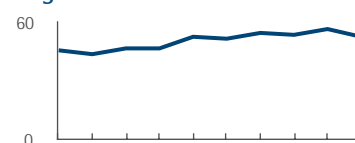
Die Händler können sich jedoch der hohen Unsicherheit sowie der schwächeren konjunkturellen Entwicklung in anderen Branchen nicht gänzlich entziehen. Auch sie blicken weniger optimistisch auf die kommenden Monate als zuletzt: Nur noch 21 % der Händler rechnen mit einer weiteren Verbesserung ihre Geschäftsentwicklung, 15 % hingegen mit einer Eintrübung.

Vor allem der Einzelhandel hat seine Prognosen herabgesetzt: Erstmals seit sechs Jahren rechnen mehr Einzelhändler mit einer Eintrübung als mit weiterem Wachstum (Saldo -4 Punkte). Dies ist umso erstaunlicher, weil die oben genannten Rahmenbedingungen in den kommenden Monaten Bestand haben dürften. Während die Einzelhändler hinsichtlich ihres Absatzes in Ladengeschäften bereits Umsatzrückgänge vermelden, haben sie ihre Erwartungen an den Online-Handel nun ebenfalls spürbar reduziert. Ein Grund könnte sein, dass die Einzelhändler angesichts eines insgesamt unsichereren konjunkturellen Umfelds eine nachlassende Konsumnachfrage der Verbraucher befürchten.

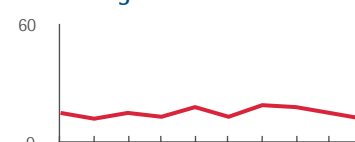
Demgegenüber blicken die Großhändler weiterhin optimistisch auf die kommenden Monate: 32 % rechnen mit einem Wachstum, 10 % mit einer Eintrübung. Dies sind ähnliche Prognosen wie noch im Herbst. Auch im Großhandel zeigt sich jedoch im Jahresvergleich eine spürbare Abkühlung: Während der Saldo der Erwartungen aktuell bei 22 Punkten liegt, betrug er vor einem Jahr noch 32 Punkte. Da über den Großhandel Waren zwischen verschiedenen Branchen aber auch zwischen Herstellern und dem Einzelhandel vertrieben werden, deuten die Ergebnisse auch insgesamt darauf hin, dass die konjunkturelle Entwicklung mit gemäßigttem Tempo weitergeht.

Der Großhandel ist mit seiner Geschäftslage so zufrieden wie noch nie: 56 % der Unternehmen bezeichnen ihre Geschäftslage als „gut“.

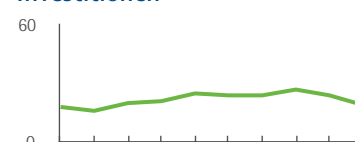
Lage



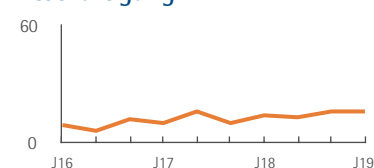
Erwartungen



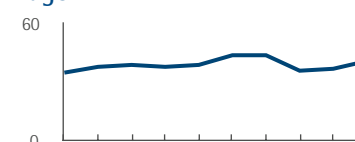
Investitionen



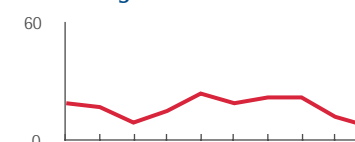
Beschäftigung



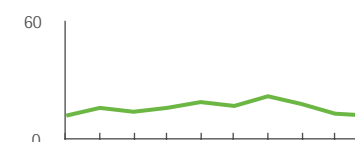
Lage



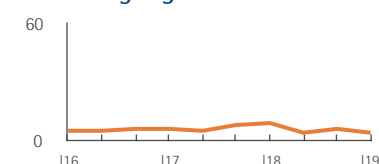
Erwartungen

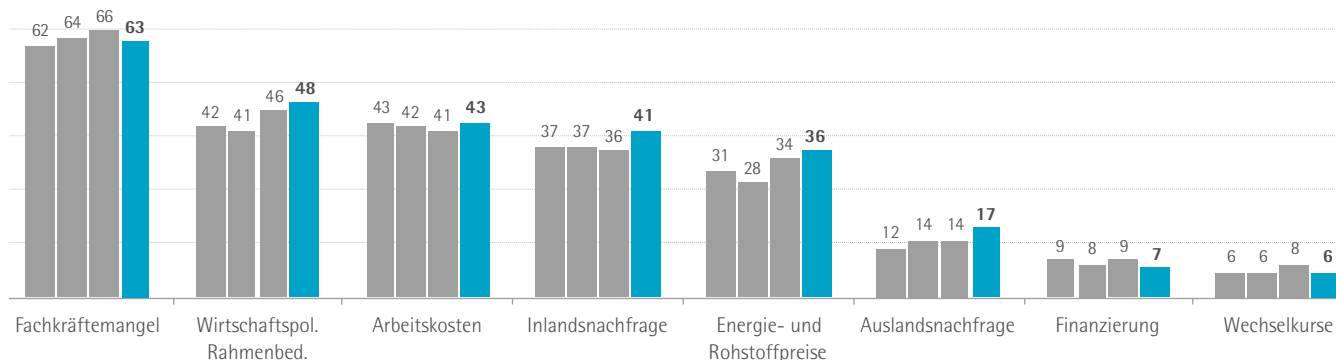


Investitionen



Beschäftigung





Wo sehen die bayerischen Unternehmen die größten Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung ihres Unternehmens in den kommenden 12 Monaten?
 Mehrfachantworten möglich, in %, Jahresbeginn 2018, Frühjahr 2018, Herbst 2018, Jahresbeginn 2019 (von links nach rechts)

Sonderfragen

In welchen Risiken sehen die Unternehmen eine Belastung für die eigene wirtschaftliche Entwicklung (Einzelnennungen ja/nein):

- 49 % der bayerischen Unternehmen sehen in der Instabilität europäischer Mitgliedsländer ein Geschäftsrisiko
- 46 % der Industriebetriebe sehen im Brexit ein Risiko für ihr Unternehmen

Risiken

- Fachkräftemangel bleibt das Risiko Nummer 1: 63 % der Unternehmen sehen hierin eine Belastung für ihr Unternehmen.
- Wirtschaftspolitischen Risiken wird ein so hohes Gewicht beigemessen wie zuletzt vor zwei Jahren: 48 % der Unternehmen sehen hier Gefahren für ihr Geschäft.
- Nachfragerisiken steigen auf den höchsten Stand seit zwei Jahren: Eine Eintrübung der Inlandsnachfrage sehen 41 %, eine Eintrübung der Auslandsnachfrage 17 % als Risiko an.

Der Fachkräftemangel bleibt das dominierende Risiko für die bayerische Wirtschaft: 63 % der Unternehmen sehen hierin das Risiko für die Geschäftsentwicklung. Dies ist weiterhin ein außerordentlich hoher Wert; sowohl im Zeitablauf als auch im Vergleich zu anderen Risiken. Aufgrund der schwächeren konjunkturellen Entwicklung ist der Wert jedoch etwas gesunken. Auch die Arbeitskosten bleiben im Fokus der Unternehmen; mit 43 % der Nennungen sind sie das am dritthäufigsten genannte Risiko.

Annähernd auf den Rekordwert von 2017 ist Unsicherheit in Bezug auf die Wirtschaftspolitik angestiegen. Von 48 % der Unternehmen werden die diesbezüglichen Rahmenbedingungen als Risiko angesehen. Als Themen werden insbesondere die zu hohe Bürokratiebelastung, ein zu geringer Stellenwert der Wirtschaftspolitik, insbesondere was die besonderen Anliegen von kleinen und mittelgroßen Unternehmen betrifft, und eine im internationalen Vergleich hohe Steuer- und Abgabenlast genannt. Aber auch die Diskussion um Dieselfahrverbote und die Debatte um die Zukunft des Verbrennungsmotors werden aufgeführt. Explizit nach einzelnen Risiken gefragt, nennen 49 % der Unternehmen Instabilitäten europäischer Mitgliedsländer als Risiko, 37 % sehen Protektionismustendenzen und jedes dritte bayerische Unternehmen nennt den Brexit als Risiko für sein Unternehmen.

Die fragilere konjunkturelle Entwicklung spiegelt sich ebenfalls in den Risikobewertungen wider: 41 % sehen in einer Eintrübung der Inlandsnachfrage eine Gefahr – dies sind 5 Prozentpunkte mehr als im Herbst – und 17 % bewerten eine Eintrübung der Auslandsnachfrage als realistisches Risikoszenario. Dies ist jeweils der höchste Wert seit zwei Jahren.

Bayerische Unternehmen fordern vorausschauende Wirtschaftspolitik

Die Politik hat es in den letzten Jahren versäumt, mit einer aktiven Wirtschaftspolitik die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu verbessern. Das Resultat: Im internationalen Vergleich hat der Standort Deutschland an Attraktivität verloren. Lange bürokratische Verfahren, hohe Energiepreise, steigende Lohnstückkosten, zunehmende Arbeitsmarktregulierungen und ein steuerpolitischer Stillstand seit über zehn Jahren haben die Wettbewerbsfähigkeit reduziert. Das deutsche Erfolgsmodell für den Arbeitsmarkt, die Agenda 2010, steht gleichzeitig auf dem Prüfstand der Politik.

Nun schließt sich das günstige Reformfenster. Hohe bürokratische Auflagen, die vor allem kleinen Unternehmen wichtige Kapazitäten entziehen, müssen abgebaut und zu hohe Steuern, Abgaben und politisch getriebene Energiepreise reduziert werden. Gleichzeitig muss der Aufbau der digitalen Infrastruktur beschleunigt und wichtige Verkehrsprojekte beherzt vorangetrieben werden. Ohne eine aktivierende Wirtschaftspolitik wird nicht nur der Abschwung schärfer, sondern es wird auch länger brauchen, bis Bayern wieder zurück zu höherem Wachstum findet.

Kontakt

Ausführliche Erläuterungen zu den Umfrageergebnissen finden Sie im Internet unter

➔ ihk-muenchen.de/konjunkturbericht

Weitere Informationen:

Dr. Jochen Wiegmann
 IHK für München und Oberbayern

☎ 089 5116-0

@ jochen.wiegmann@muenchen.ihk.de